

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.06.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 06.03.2017 zu Tempo 30, mündlicher Zwischenbericht	7
3 Antrag auf Änderung der Niederschrift der Sitzung am 11. April 2018, TOP 2 Vorlage: DezIII/0206/2018	8
4 Parkgebührenordnung Vorlage: FB5/0783/2018	8
5 Installation von Elektroladesäulen durch die Stadtwerke Meerbusch auf öffentlichen Parkplätzen Vorlage: FB5/0773/2018	9
6 Beschilderung des LKW-Durchfahrtsverbotes Uerdinger Straße Vorlage: FB5/0781/2018	10
7 Radweg K9n Vorlage: FB5/0786/2018	11
8 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2017 Vorlage: DezIII/0243/2018	11
9 Anträge	11
9.1 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation	11
9.1.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2018 zum Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0207/2018	13
9.1.1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zum Forum Wasserturm - Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0209/2018	13
9.1.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm Vorlage: SIM/0211/2018	13
9.1.1.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm Vorlage: SIM/0212/2018	13

9.1.2	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2018 zum Ausbau/Anbau Theater am Wasserturm Vorlage: SIM/0111/2018.....	13
10	Anfragen.....	14
10.1	Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.05.2018 zur Abfallbeseitigung Vorlage: DezIII/0113/2018.....	14
10.2	Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zur Straßenbeleuchtung - Umrüstung auf LED-Leuchten Vorlage: FB5/0115/2018	14
10.3	Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.06.2018 zur Teststrecke autonomes Fahren Vorlage: DezIII/0117/2018	15
11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	15
12	Termin der nächsten Sitzung 19. September 2018.....	15
13	Verschiedenes	16
13.1	Verkehrsregelung auf der Böhlerstraße nach deren Eröffnung	16
13.2	Fahrradboxen	16
13.3	Wirtschaftswegekonzept - Vorstellung der Kriterien zur Erstellung	16

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:15 Uhr

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinz Jürgen Kaden

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Schmolli

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marcel Müller

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

Herr Detlev Horn Dezernat III bis TOP 3

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Rolf Reinecke Rechnungsprüfungsamt

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Gäste

Herr Bernd Mende

Zu TOP 13.1 Geschäftsführender
Gesellschafter Fa. Ge-Komm GmbH

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Heinz Jürgen Kaden

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Etwas verspätet eröffnet der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Leo Jürgens, die Sitzung und entschuldigt sich für die Verzögerung. Es habe noch Abstimmungsbedarf gegeben. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist auf nachträglich eingegangene Anträge und Anfragen hin und schlägt eine Erweiterung der Tagesordnung um folgende TOPs vor:

- TOP 9.1.1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zum Forum Wasserturm
- TOP 9.1.1.2 Antrag der Fraktion die Linke und Piraten vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm
- TOP 9.1.1.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm
- TOP 10.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zur Straßenbeleuchtung – Umstellung auf LED-Leuchten
- TOP 10.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.06.2018 zur Teststrecke autonomes Fahren
- TOP 13.4 Wirtschaftswegekonzept – Vorstellung der Kriterien für die Erstellung des Wirtschaftswegekonzeptes

Wegen des inhaltlichen Zusammenhanges zu TOP 13.4 sei es sinnvoll, den TOP 16 zu Anfang des nicht-öffentlichen Teils zu behandeln.

Ratsherr Gabernig bezweifelt, dass der Antrag der SPD-Fraktion fristgerecht eingegangen sei. Er befürworte zwar eine Beratung über den Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation des Forums Wasserturm, sei jedoch gegen eine Beschlussfassung, da dieser Punkt ursprünglich nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass der Antrag der SPD Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates fristgerecht eingegangen sei. Der Ausschussvorsitzende lässt zunächst über die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 9.1.1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zum Forum Wasserturm abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	16		1

Den übrigen, von ihm vorgeschlagenen Erweiterungen der Tagesordnung, stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Der Ausschussvorsitzende Jürgens weist auf die Tischvorlage zu TOP 3 hin. Es handle sich um ein Schreiben der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 11.06.2018 als Ergänzung zum Antrag auf Änderung der Niederschrift.

Hinweis der Schriftführerin: Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum (BUND) berichtet über eine Verunreinigung des Stingesbaches Anfang Juni und fragt, wie es dazu gekommen sei und wie das in Zukunft vermieden werden könne. Sie beschreibt, dass Papierreste an den Auslassgittern hängengeblieben und zum Teil auch in den Bach geraten seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es sich bei der erwähnten Stelle um einen Rohrauslass handle, der Bestandteil der Auslassleitung aus dem Regenüberlaufbecken Büderich in den Stingesbach bzw. Rhein ist. Es handle sich um eine genehmigte Einleitung von nicht mehr klärfähigem Regenwasser aus dem Mischwassernetz in Büderich. Für die Einleitung bzw. Überleitung des Regenwassers in den Rhein läge eine wasserrechtliche Erlaubnis der Bezirksregierung Düsseldorf vor. Dieses sei eine entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik häufig durchgeführte Entlastung von Mischwassernetzen in Gewässer. Aufgrund der Anordnung von längslaufenden Sieben entlang des Mischwasserkanals in dem Entlastungsgebäude könne es vorkommen, dass sich in Folge eines hohen Papieranteils die Siebe zusetzen und das zu entlastende Regenwasser an den Sieben vorbei in den Entlastungskanal läuft. Es handle sich generell um ein Grundproblem, dass zunehmend zu wenig Wasser bei Trockenwetter in den Mischwasserkanalisationen vorhanden sei und beim ersten Regenstoß sehr viel Wasser mit Papier aus dem Kanalnetz zu den Entlastungsbauwerken transportiert werde. Obwohl die erste Regenwelle zur Kläranlage zu befördert werde, könne es vorkommen, dass im weiteren Papierreste und Putzklappen über diese dann verstopften Siebe vorbei in den Auslass zum Rhein gelangen.

Frau Dr. Blaum fragt weiterhin zu welchem Zweck im Stingesbach unterhalb der Kommandobrücke Netze mit großen Steinen als eine Art Damm angelegt worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass weder die Stadt Meerbusch noch der Deichverband dieses veranlasst habe. Weder der Veranlasser noch der Grund seien bekannt. Die Schwelle werde von der Stadt Meerbusch kontrolliert und ggfs. beseitigt.

Frau Dr. Blaum führt aus, dass die Renaturierung des Stingesbaches als Ausgleichsmaßnahme für die Böhlerstraße vorgesehen sei und fragt nach dem Sinn, da der Graben ca. sieben Monate im Jahr trocken liege. Früher habe der Bach mindestens 11 Monate Wasser geführt. Sie fragt nach dem Grund für das Trockenfallen des Baches. Technischer Beigeordneter Assenmacher trägt vor, dass der Stingesbach nicht permanent Wasser führe, da er vorwiegend von Regenwasser gespeist werde. Die Art der Niederschläge habe sich in den letzten Jahren verändert und es gäbe längere Trocken – und längere Nassperioden. Es sei nicht belegbar, dass der Grundwasserspiegel sich extrem verändert habe. Der B-Plan für die Böhlerstraße lege den Stingesbach als Ausgleichsmaßnahme fest. Die Ausführung erfolge in der zweiten Jahreshälfte 2018.

Frau Dr. Blaum erkundigt sich danach, warum der Wirtschaftsweg, der vom Will-Hannibal-Platz zum Apelter Feldweg führt, durch das neu errichtete Haus am Ende der Johannes-Kirschbaum-Straße bzw. das Einzäunen des Grundstückes überbaut wurde. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es sich bei diesem öffentlich erscheinenden Weg ausschließlich um private Grundstücksflächen handle. Dieser Weg diene ausschließlich der privaten Erschließung von privaten Wirtschaftsflächen. Die Bebauung sei nach § 34 BauGB erfolgt und die Einfriedung und Einzäunung befinde sich ausschließlich auf Privat-Gelände und sei durch die Bauordnung geprüft und für ordnungsgemäß befunden worden.

Frau Dr. Blaum weist auf den schlechten Zustand der Poststraße auf dem letzten Stück Richtung Landsknecht hin. In diesem Zusammenhang stellt sie die Frage, nach welchen Kriterien der Sanierungsbedarf einer Straße festgestellt würde und wie die Reihenfolge von Sanierungsmaßnahmen

festgelegt würden. Dazu führt Technischer Beigeordneter Assenmacher aus, dass die Fortführung der Fahrradstraße von der Poststraße Richtung Norden sowohl über die Dückerstraße, Dorfstraße bis zum Friedhofsweg als auch über die Poststraße zum Landsknecht angedacht sei. Die Verwaltung sei zurzeit in intensiver Prüfung des Umbaus bzw. der Sanierung oder Instandsetzung des Restabschnittes der Poststraße zwischen Dückerstraße und Mataréstraße. Sobald die Verwaltung eine Lösung gefunden habe, werde sie im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt.

Frau Kox als eine der Petentinnen zum Bürgerantrag Fluglärm erklärt unter Hinweis auf die Beanstandung des Sitzungsverlaufs durch B90/GRÜNE (siehe TOP 3), sie gehe weiterhin davon aus, dass ihr Bürgerantrag noch Bestand habe. Sie möchte wissen, ob es hinsichtlich der Aufhebung des Flachstartverfahrens neue Erkenntnisse gebe. Herr Horn erläutert, die Bürgermeisterin habe diesen Antrag in der Fluglärmkommission gestellt, jedoch bekanntlich keine positive Resonanz erhalten. Neuere Erkenntnisse seien ihm nicht bekannt.

2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 06.03.2017 zu Tempo 30, mündlicher Zwischenbericht

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass 2017 ein Übersichtsplan erstellt worden sei, in dem dargestellt werde, wo im Stadtgebiet bereits Tempo-30 Zonen sind und wo zusätzlich Tempo-30 möglich wäre

Anmerkung der Schriftführerin: Die Übersicht ist als Anlage beigefügt.

Er weist darauf hin, dass sich die Gesetzesgrundlage für die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h geändert habe. Demnach könne im unmittelbaren Bereich von an Straßen gelegenen Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern diese Höchstgeschwindigkeit angeordnet werden. Allerdings ließe die rechtliche Situation es nicht zu, flächendeckend Tempo 30 vorzuschreiben. In den Fällen, in denen der Kreis oder das Land Baulastträger sind, sei deren Zustimmung erforderlich. Diese sei schwer zu erreichen, wenn es sich im vorgeschlagenen Bereich nicht um einen Unfallschwerpunkt handle.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Verwaltung zur Zeit die Möglichkeit prüfe, ob im Rahmen der Lärmaktionsplanung Tempo 30 in den Nachtstunden zwischen 20 Uhr und 6 Uhr, auch auf den Hauptverkehrsstraßen möglich sei.

Der im Bürgerantrag erwähnte Verkehrsversuch der Stadt Moers sei nicht flächendeckend gewesen, sondern habe lediglich drei Hauptverkehrsstraßen und die Bereiche vor Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeheimen und Krankenhäusern betroffen. Es läge noch kein Erfahrungsbericht vor.

Für eine Anfrage beim Verkehrsministerium, ob die Stadt Meerbusch im Rahmen eines Verkehrsversuches flächendeckend Tempo 30 einführen könnte, stehe die Antwort noch aus.

Frau Dr. Blaum erklärt, dass sie in einer juristischen Einschätzung des ADFC gelesen habe, dass auch in Tempo-30-Zonen die Einrichtung Fahrradschutzstreifen möglich seien. Die Verwaltung habe dieses am Beispiel der Gonellastraße jedoch anders dargestellt. Technischer Beigeordneter Assenmacher bittet Frau Dr. Blaum darum, die Stellungnahme zur Verfügung zustellen, weist jedoch deutlich darauf hin, dass die Verwaltung nicht aufgrund von Stellungnahmen handeln könne, sondern Rechtsgrundlagen benötige.

3 Antrag auf Änderung der Niederschrift der Sitzung am 11. April 2018, TOP 2
Vorlage: DezIII/0206/2018

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Vertagung der Beratung über die Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 30.08.2017 der Bürgerinnen und Bürger des Wohngebietes Lank-Ost zum Fluglärm.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	15	2	0

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte die Fraktion B90/GRÜNE durch eine Tischvorlage ihren Antrag auf Berichtigung des Protokolls schriftlich zurückgezogen, die Kritik am Abstimmungsverlauf jedoch aufrecht erhalten und darum gebeten, den Beschlussstand hinsichtlich der Bürgeranregung klarzustellen (siehe Anlage).

Ratsfrau Niegeloh beantragt insoweit Vertagung.

4 Parkgebührenordnung
Vorlage: FB5/0783/2018

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, die vorgeschlagene Parkgebührenordnung mit folgenden Änderungen zu beschließen:

Ergänzung § 2:
 Tagesticketgebühr 5,-€

§ 3 Ausnahmeregelungen, Umformulierung:

1. Die rechtmäßig abgestellten Fahrzeuge auf den ausgewiesenen Behindertenparkplätzen, sind von der Gebührenpflicht ausgenommen.
2. Taxen und Carsharingfahrzeuge, auf den ausgewiesenen Stellplätzen, sind von der Gebührenpflicht befreit.

3. Vollelektrische Fahrzeuge und Plug-in-Hybrid Fahrzeuge (PHEF-Fahrzeug und PHEV-Fahrzeug) sind auf den ausgewiesenen Stellplätzen an den Ladesäulen, während des Ladevorganges, von der Gebührenpflicht befreit.

Änderung § 4:
Streichung Satz 2

Der Gebührentarif wurde bereits durch den Rat am 14.12.2017 beschlossen und wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	14	3	0

Ratsherr Schönauer formuliert einen Antrag auf Änderung der Parkgebührenordnung.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag entspricht dem Beschluss.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich, ob es vorgesehen sei, die Dauerparkplätze besonders auszuweisen. Technischer Beigeordneter Assenmacher verneint dieses mit der Begründung, dass das eine Kontrolle erschwere. Im Übrigen begründe gem. § 4 ein Dauerparkschein keinen Anspruch auf einen Stellplatz.

Nach kurzer Debatte stellt der Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

5 Installation von Elektroladesäulen durch die Stadtwerke Meerbusch auf öffentlichen Parkplätzen Vorlage: FB5/0773/2018

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Stadtwerken Meerbusch kostenfrei öffentliche Parkplatzflächen zur Errichtung von 10 weiteren öffentlichen Elektro-Ladestationen (zunächst für die Dauer von sechs Jahren) für die Nutzung durch die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Nach dem Vortrag des technischen Beigeordneten Assenmacher fragt Ratsherr Welsch, ob auch Ladesäulen mit einer höheren Leistung als 22 KW vorgesehen seien und ob die Ladesäulen mit einer Sensorik versehen seien, die es ermögliche, über eine App zu erfahren, wo sich Elektroladesäulen

befinden und ob diese frei sind. Sachkundiger Bürger Wagner fragt, warum nicht mehrere Steckertypen und Schnellladesäulen vorgesehen seien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass die Stadtwerke Meerbusch Betreiber der Elektroladesäulen sei. Die Verwaltung werde die Fragen dorthin weiterleiten und die Ausschussmitglieder über die Antwort informieren.

Auf die Anregung von Ratsherrn Focken, anstelle des Standortes Marie-Curie-Straße den Parkplatz bei EDEKA zu wählen, entgegnet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass dort die Nutzbarkeit eingeschränkt sei, da der Parkplatz nach Geschäftsschluss geschlossen würde. Außerdem handele es sich bei dem EDEKA-Parkplatz um eine private Fläche, über die die Stadt nicht verfügen könne.

Ratsherr Focken vertritt die Auffassung, dass auch die Park + Ride Plätze geeignete Standorte für Elektroladesäulen seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Park + Ride Anlagen an die Rheinbahn verpachtet seien. Es gäbe von Seiten der Rheinbahn Pläne und ein Förderprogramm. Dieses werde in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften vorgestellt.

6 Beschilderung des LKW-Durchfahrtsverbotes Uerdinger Straße **Vorlage: FB5/0781/2018**

Beschluss:

1. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt zur Verringerung des LKW-Verkehres in Meerbusch-Lank neben dem bereits bestehenden LKW-Durchfahrtsverbot auf der Uerdinger Straße zwischen Kreisverkehr Robert-Bosch-Straße und Einmündung In der Loh vier weitere Hinweisschilder auf das bestehende LKW-Durchfahrtsverbot auf der Uerdinger Straße von Norden und Süden sowie auf der Bismarckstraße aus Westen und auf der Nierster Straße aus Osten. Zusätzlich wird an diesen vier Standorten das LKW-Verbot in Lank mit dem Zusatzzeichen „Lieferverkehr frei“ beschildert.
2. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die hinweisende Beschilderung in Strümp am Bergfeld auf das LKW-Durchfahrtsverbot in Nierst nach Krefeld.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr F.J. Jürgens beantragt, den Beschluss insofern zu ändern, als dass zusätzlich an den vorgeschlagenen vier Standorten das LKW-Verbot mit dem Zusatzschild „Lieferverkehr frei“ beschildert wird. Technischer Beigeordneter Assenmacher weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Beschilderung zur Folge habe, dass die im Gewerbegebiet In der Loh ansässigen Betriebe beispielsweise abends nach ihren täglichen Auslieferungsfahrten nicht mehr auf ihr Betriebsgelände zurückkehren dürften. Er erläutert, dass die Beschilderung mit der Kreisverkehrsbehörde abgestimmt werden müsse. Der Ausschuss werde über die Stellungnahme der Kreisverkehrsbehörde informiert. Ratsherr Quaß bittet darum, dass eine Information über die Umsetzung des Beschlusses auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung erscheine.

Ratsherr F.J. Jürgens erwartet in der nächsten Sitzung einen Bericht darüber, was mit den im Haushalt 2018 veranschlagten 50.000 € zu technischen Maßnahmen zur Einschränkung bzw. Verhinderung von verbotenem LKW-Verkehr auf der Uerdinger Straße geschehen soll.

Anmerkung der Schriftführerin: Im Haushalt 2018 sind konsumtiv 20.000 € auf dem Sachkonto 5216 0000 und investiv 30.000 € auf dem Konto 7.120 01006 7852 0000 veranschlagt.

7 Radweg K9n
Vorlage: FB5/0786/2018

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den vorgezogenen Ausbau des Geh- und Radwegs entlang der projektierten Kreisstraße K9n zwischen dem Knotenpunkt Forststraße/ Buschstraße bis zum Anschluss an die vorhandene Zufahrtsstraße zum Lehrerparkplatz des städtischen Meerbusch-Gymnasiums auszuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Sachkundiger Bürger Wagner äußert Bedenken darüber, dass durch den Bau des Radweges möglicherweise auch der Bau der K9n begünstigt werden könnte. Technischer Beigeordneter Assenmacher verneint dieses, da der Bau des Radweges unabhängig vom Bau der K9n erfolge.

8 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2017
Vorlage: DezIII/0243/2018

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

9 Anträge

9.1 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation

Ratsherr F.J. Jürgens schlägt vor, dass zuerst über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt werden soll, da dieses der weitest gehende Antrag sei. Ratsherr Quaß ist der Meinung, dass der Kulturausschuss zuständig sei und beantragt eine Vertagung. Er gibt zu bedenken, dass es unverhältnismäßig sei, so viel Geld für ein Foyer auszugeben, in dem sich die Zuschauer nur ein paar Minuten vor der Veranstaltung und in den Pausen aufhalten würden. Wichtiger sei es, die Toiletten, die Bestuhlung und die Klimatisierung zu verbessern. Ratsfrau Niegeloh schlägt vor, einen Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Kulturausschusses zu fassen. Sie erinnert daran, dass die Parteien mehrfach über verschiedene Planungskonzepte gesprochen haben. Der Ausschuss sollte nun in der Lage sein, endlich eine Entscheidung zu treffen, da eine derart bedeutende kulturelle Einrichtung und die Besucher des Forums Wasserturm es verdient haben, eine Verbesserung zu erreichen.

Sowohl Ratsherr Gabernig als auch sachkundiger Bürger Wagner vertreten die Auffassung, dass vor einem Beschluss ausführlich über Alternativen diskutiert werden müsste.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Vertagungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	6	11	0

Ratsherr F.J. Jürgens formuliert einen Beschlussantrag, über den der Ausschussvorsitzende abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung zur Erweiterung und Verbesserung der Eingangssituation am Forum Wasserturm vorbehaltlich der Zustimmung des Kulturausschusses zu.

Die vorgeschlagenen Einsparungen werden nicht realisiert.

Die Verwaltung wird beauftragt den Bauantrag erarbeiten zu lassen und in der zweiten Jahreshälfte 2018 mit der Umsetzung der Planung zu beginnen. Dabei ist der Bauablauf mit dem Veranstaltungsplan für das Forum Wasserturm abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	11	6	0

Der Ausschussvorsitzende fragt, ob alle Fraktionen damit einverstanden sind, dass sich durch den Beschluss die Diskussion über die einzelnen Anträge erübrigt habe. Die Ausschussmitglieder stimmen dem einvernehmlich zu.

**9.1.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2018 zum Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation
Vorlage: SIM/0207/2018**

Diskussionsverlauf s. TOP 9.1

**9.1.1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zum Forum Wasserturm - Verbesserung der Eingangssituation
Vorlage: SIM/0209/2018**

Diskussionsverlauf s. TOP 9.1

**9.1.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm
Vorlage: SIM/0211/2018**

Diskussionsverlauf s. TOP 9.1

**9.1.1.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2018 zum Forum Wasserturm
Vorlage: SIM/0212/2018**

Diskussionsverlauf s. TOP 9.1

**9.1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2018 zum Ausbau/Anbau Theater am Wasserturm
Vorlage: SIM/0111/2018**

Anmerkung der Schriftführerin: Die schriftliche Beantwortung der Anfrage war Anlage zur Einladung dieser Sitzung.

10 Anfragen

10.1 **Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.05.2018 zur Abfallbeseitigung** **Vorlage: DezIII/0113/2018**

Frau Frey erläutert, dass die Zuständigkeit für die Verwertung der Abfälle nicht bei der Stadt Meerbusch, sondern beim Rhein-Kreis Neuss liege. Den kreisangehörigen Städten sei nur die Einsammlung und der Transport der Abfälle zu den vom Kreis genannten Anlagen übertragen worden.

Zu den in der Anfrage gestellten Fragen könne der Rhein-Kreis Neuss zur Zeit noch nichts Konkretes sagen, da die neuen Richtlinien erst mit der Zustimmung des Rates am 22.05.2018 beschlossen worden seien und erst 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft träten. Den Mitgliedsstaaten stehe eine Frist von zwei Jahren zur Verfügung, um die rechtlichen und anderen Vorbereitungen zu treffen, die für die Umsetzung notwendig seien.

Zur Auswertung der Richtlinien brauche der Rhein-Kreis Neuss wegen der erstmaligen verbindlichen Festlegung zur Bestimmung der Recyclingquoten noch etwas Zeit. Bei der Bestimmung der Recyclingquoten solle die thermische Verwertung unberücksichtigt bleiben, die Quoten sollen bei Nutzung von Behandlungsanlagen mit Hilfe des Anlagenoutputs, nicht –inputs berechnet werden.

Dadurch würden die Recyclingquoten gegenüber den bisherigen Berechnungen von ca. 60 bis 70 Prozent auf 40 Prozent fallen. Die erstmalige Bestimmung der Quoten erfordere einiges an Sorgfalt und Aufwand und es sei momentan noch nicht sinnvoll, mit unsicheren Daten in die Politik zu gehen und Maßnahmen zu diskutieren. Eine Änderung des Abfallkonzeptes der Stadt Meerbusch sei deshalb jetzt noch nicht zielführend.

Es werde erfahrungsgemäß angestrebt, die eventuell notwendigen Änderungen im Abfallsystem der Städte wegen der Auswirkung auf die Abfallgebühren, in der neuen Ausschreibung zu berücksichtigen. Sonst müssten die gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen des Vertrages frei mit dem beauftragten Entsorger verhandelt werden.

10.2 **Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2018 zur Straßenbeleuchtung - Umrüstung auf LED-Leuchten** **Vorlage: FB5/0115/2018**

Technischer Beigeordneter Assenmacher trägt vor

Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort auf die Anfrage ist als Anlage beigefügt.

Ratsherr Meffert erkundigt sich, warum auf der Berta-Benz-Str. unlackierte Masten aufgestellt worden seien.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach Auskunft von Herrn Rippers (FB 5), seien diese Maste aus dem städtischen Lagerbestand und werden später im Rahmen von Unterhaltungsanstrichen lackiert. Bei der letzten Vergabe seien pulverbeschichtete Maste ausgeschrieben worden, die in Zukunft verwendet werden.

Ratsherr Focken fragt, warum auf dem Ostara Gelände keine LED Leuchten verwendet worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass der städtebauliche Vertrag für dieses Gebiet vor dem Beschluss, auf LED Leuchten umzurüsten, geschlossen worden sei.

10.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.06.2018 zur Teststrecke autonomes Fahren Vorlage: DezIII/0117/2018

Technischer Beigeordneter Assenmacher beschreibt die Teststrecke. Sie führe vom Bahnhof Düsseldorf zur A52 bis zum Autobahnkreuz Kaarst und dann auf die A57 bis zum Autobahnkreuz Meerbusch, wo die Wende vorgesehen ist. Die Strecke sei ausschließlich außerorts. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, nachfragen zu lassen, ob eine Vorstellung des Projektes im Bau- und Umweltausschuss möglich sei.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet über die Meerbuscher Fahrradnacht, die mit ca. 500 Teilnehmern alle Erwartungen übertroffen habe. Sein Dank gilt den Organisatoren aus dem Bereich Umwelt und allen ehrenamtlichen Helfern vom Johanniter Unfalldienst und der freiwilligen Feuerwehr und der Polizei. Er kündigt eine Wiederholung im nächsten Jahr an.

Zur Vermüllung am Rheinufer berichtet er, dass in Abstimmung mit dem BUND Müllcontainer aufgestellt worden seien. An den Wochenenden, an denen mit vielen Besuchern gerechnet werde, sei ein Bereitschaftsdienst eingerichtet worden, der den Müll einsammelt. Trotzdem appelliert der Technische Beigeordnete an alle, die sich am Rheinufer aufhalten, ihren Müll wieder mitzunehmen und zuhause zu entsorgen.

Zur Beschlusskontrolle erkundigt sich Ratsfrau Niegeloh danach, ob der darin vermerkte Stand bzgl. der Leitplanken gegenüber der Autobahn als endgültig zu betrachten sei. Sie sei der Meinung, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, bevor etwas passiert. Diese Auffassung teilt Ratsherr Jürgens und bringt die Alternative, dass die Leitplanken von der Stadt Meerbusch aufgestellt werden könnten. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses darüber zu berichten, was ein laufender Meter Leitplanke und deren Aufstellung kosten.

12 Termin der nächsten Sitzung 19. September 2018

13 Verschiedenes

13.1 Verkehrsregelung auf der Böhlerstraße nach deren Eröffnung

Ratsherr Quaß berichtet darüber, dass viele Autofahrer in diesem Bereich verwirrt seien, weil die Beschilderung nicht eindeutig genug sei. Er erkundigt sich danach, wer die Regelung getroffen habe und wie lange dieser Zustand noch andauern werde. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Stadt Düsseldorf zuständig sei. In ca. zweieinhalb Wochen werde die Straße nicht mehr in einer Sackgasse enden, sondern angebunden sein. Vor einer Woche sei die Beschilderung schon nachgebessert worden.

13.2 Fahrradboxen

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass die Fahrradboxen nicht für 28-Zoll-Fahrräder mit hohem Lenker geeignet seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher räumt ein, dass es schwierig, aber nicht unmöglich sei, Fahrräder in dieser Größe in den Fahrradboxen zu parken. Bei den Fahrradboxen handle es sich um ein Standardmodell. Er kündigt an, dass die Rheinbahn in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften ein Projekt vorstellen werde, das auch verschiedene Fahrradabstellanlagen auf den P+R Parkplätzen beinhalte. Frau Frey teilt ergänzend, dass an Fahrradboxen interessierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort ausprobieren könnten, ob die Fahrradboxen sich für ihre Fahrräder eigneten. Sachkundiger Bürger Wagner fragt, ob es möglich sei, die Schlüssel für die Fahrradboxen in den Bürgerbüros abzuholen. Dieses verneint Frau Frey. Die Schlüssel können ausschließlich im Bereich Umwelt an der Wittenberger Straße abgeholt werden.

13.3 Wirtschaftswegekonzept - Vorstellung der Kriterien zur Erstellung

Der Referent, Herr Bernd Menke, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Ge-Komm in Melle stellt sich und die Firma vor. Er erklärt, dass die Firma Ge-Komm das Wirtschaftswegenetz der Stadt Meerbusch bereits gut kenne, da vor einigen Jahren bereits eine Bestandsaufnahme gemacht worden sei. In der anschließenden Präsentation stellt er vor, mit welcher Vorgehensweise und welchen Inhalten ein Konzept für die Stadt Meerbusch haben würde. Zum Schluss weist er auf den NRW-Koalitionsvertrag hin, in dem Fördermittel für Wirtschaftswege angekündigt seien. Er vertritt die Auffassung, dass ein Wirtschaftswegekonzept unabdingbare Grundlage für die Bewilligung von Fördermitteln sein werde. Ein weiterer Hinweis gilt den Abschlussberichten über die Erstellung sämtlicher Wirtschaftswegekonzepte, die die Firma erstellt habe und die öffentlich zugänglich seien.

Im Anschluss beantwortet Herr Mende Fragen der Ausschussmitglieder. Auf die Frage, wann ein fertiges Konzept vorliegen könnte, antwortet er, dass in den nächsten Monaten die Bereisung und Dokumentation der Wirtschaftswege erfolgen könne, in den Herbst- und Wintermonaten die Bürgerbeteiligung, so dass nach spätestens 12 Monaten das Konzept fertiggestellt sein würde.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Meerbusch, den 26. Juni 2018

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in